

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**Gute Arbeit und gutes Leben –
Mehr Demokratie bei der Planung!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

14 Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!

Trotz des wirtschaftlichen Wachstums hat sich in den letzten Jahren die soziale Ungleichheit in der Stadt weiter verfestigt. Das Leitbild der sozialen Stadt verblasst. Das Trugbild der globalen Mega-City lockt. So wie in allen Industriegesellschaften entwickelt sich auch bei uns eine Metropolregion. Eine Richtungsentscheidung wird fällig:

- Der Trend zur Mega-City bedeutet Kampf um zentrale Leitungsfunktionen: die Stadt wird zum Tummelplatz für Macht, Geld und Protz. Normales Leben interessiert nicht und wird verdrängt.
- Alternativ steht der Trend zum regionalen Netzwerk, in dem die benachbarten Städte und Gemeinden zu einer übergreifenden Planung finden, die auf ihren jeweiligen Stärken aufbaut und Schwächen ausgleicht.

Große, beeindruckende Städte wie New-York, die dem Trend zur Mega-City folgten, wurden zur „Stadt mit zwei Gesichtern“, in der sozial untergeht, wer es nicht nach oben schafft. Aber auch dort zeigt sich, dass solche Entwicklungen zuerst sozial und auch wirtschaftlich nicht tragfähig sind und politisch korrigiert werden müssen. Wir sollten es gar nicht so weit kommen lassen.

Die Stärke unserer Region und unserer Stadt hat ihren entscheidenden Grund in der ausgeprägten Mischung. Gewerbe, Industrie, Wissenschaft und Kultur können sich hier gegenseitig anregen, urbane Siedlung und freier Landschaftsraum sich ergänzen. Wenn Regierung, Verwaltung und veröffentlichte Meinung dem Trugbild der Mega-City nachlaufen, werden zivilgesellschaftliche Initiativen und Bewegungen zum entscheidenden Mittel der Korrektur: Manchmal reicht schon der Verweis auf die Möglichkeiten von Volksbegehren und Bürgerentscheiden, so war es, als 2008 der Transrapid-Plan zu Fall kam. Manchmal braucht es die Abstimmung: So 2004, als ein Bürgerbegehren die Entfesselung des Hochhausbaus stoppte, so 2012, als es gegen den überdimensionierte Flughafenbau ging und so auch im November 2013, bei der Ablehnung der Bewerbung für die Winterolympiade 2022 durch Mehrheiten in der Stadt und im Land. Die LINKE war diesen Bewegungen ein verlässlicher Partner und wird es bleiben.

Im engen Verbund der Metropolregion greifen lokale Planungsentscheidungen direkt und oft sehr tief in die Angelegenheiten der Nachbargemeinden ein. Hier gilt dann: Der Ober sticht den Unter! Ein alter, schlechter Grundsatz der auch die Beziehungen zwischen dem Münchner Stadtrat und den Stadtbezirken belastet. So geht es nicht gut weiter. Wir begrüßen, dass im September 2013 durch Volksentscheid das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern in die Verfassung aufgenommen wurde. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Landespolitik, sondern auch ein Ansporn zur Zusammenarbeit der Kommunen und in der Großstadt München.

Wenn kommunale Selbstverwaltung nicht zur Fremdbestimmung der Großen über die Kleinen und der Oberen über die Unteren werden soll, braucht es mehr Demokratie bei der Planung. So können dann eher Projekte entstehen, die bei den Bürger*innen Zustimmung finden. Eine Initiative für mehr Demokratie bei der Planung muss von den Kommunen getragen werden. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass die Stadt in ihren Planungsprozessen den Dialog mit den nahen und fernen Umlandgemeinden verstärkt.

Wir wollen ein soziales, ökologisches und demokratisches München, das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell aufblüht. Die Stadtentwicklung muss so gestaltet werden, dass alle Münchner*innen an ihr teilhaben, nicht nur die Reichen und die Mittelschicht. Jeder der in der Stadt lebt, hat ein Recht auf Stadt, auf Mitbestimmung. Wir wollen nicht nur eine Rettung dessen, was schon existiert, wir wollen eine Stadt, die sich mit ihren Bürger*innen und deren geänderten Bedürfnissen entwickelt.

Wir stehen für eine verbindliche Form der Stadtentwicklung. Demokratische Prozesse werden zusammen mit einer breiten Beteiligung betroffener Bürger*innen gefördert. Ergebnisse und Entscheidungen aus diesen Prozessen dürfen nicht in formalrechtlichen Prozessen auf die lange Bank geschoben werden, sondern müssen in die Stadtgestaltung einbezogen werden.

DIE LINKE. will eine demokratische Stadtentwicklung und Stadtplanung. Wir wollen stärkere Mitbestimmung beim Planungsprozess für die Bürger*innen wie auch für die Bezirksausschüsse. Eine demokratische Stadtplanung zeigt sich auch im Umgang mit dem Umland. Die Verteilung von Lasten und Nutzen in der Region muss durch Kooperation und Ausgleich geregelt werden. Um die Demokratie in den Stadtteilen zu stärken und eine demokratische Stadtplanung zu ermöglichen, fordern wir „Demokratiezentren“ in allen Stadtteilen, sichtbare Orte, an denen gemeinsam die Probleme des Viertels, von der Straßenplanung bis zum Kindergarten, besprochen werden können. Diese Bürgerzentren wären dann auch der Sitz der aufgewerteten Bezirksausschüsse.

DIE LINKE. sieht die Zukunft Münchens nicht nur als Verwaltungs- und Dienstleistungsmetropole. Produktion ist und bleibt ein wichtiger Faktor. Ohne sie verarmt das gesellschaftliche Leben. Damit auch weiterhin Flächen für Produktionsstandorte ausgewiesen werden können, müssen für die damit einhergehenden Belastungen (durch Verkehr, Lärm oder Emissionen) sozial verträgliche Kompensationen entwickelt werden.

Die begrenzten Flächenreserven innerhalb des Stadtgebietes – bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum – erfordern einen nachhaltigen und planvollen Umgang mit den noch verfügbaren Ressourcen und ggf. frei werdenden Flächen. Dies beinhaltet eine maßvoll verdichtete Bauweise mit gemischten Nutzungsstrukturen, nicht zuletzt auch als Voraussetzung für den Verzicht auf motorisierte Verkehrsmittel. Anzustreben ist grundsätzlich eine „Stadt der kurzen Wege“ (z. B. zur Schule, zum Arbeitsplatz oder zu den Einrichtungen des Einzelhandels und der Freizeit, aber auch zu den Haltestellen des Schienenverkehrs).

In Einzelfällen können Hochhausprojekte durchaus sinnvoll sein, sofern sie städtebaulich akzeptabel und, wie durch Bürgerentscheid im Jahr 2004 festgelegt, nicht höher als 100 m sind. Dies gilt insbesondere für Neubaugebiete im Einzugsbereich von U- oder S-Bahn-Haltestellen. Als geeignete Standorte kommen „Stadttor-Situationen“ an den Stadteinfahrten, Kreuzungsbereiche und Schnittpunkte wichtiger Verkehrsachsen zum Beispiel mit dem Mittleren Ring in Frage, aber auch bereits vorhandene Hochhausstandorte. In städtebaulichen Entwicklungsgebieten können Hochhäuser Akzente setzen sowie Orientierungspunkte im Stadtgefüge bilden. Hochhäuser müssen in München jedoch ein besonderer Bautyp bleiben und dürfen nicht zum Regelfall werden.

Die Planung und Realisierung von Hochhäusern unterliegt in München – wie alle Bauvorhaben, die aufgrund neuen Baurechtes entstehen – den Grundsätzen der Sozialgerechten Bodennutzung. Danach müssen sich Grundeigentümer an den Folgekosten der Planung (z. B. für Straßenbaumaßnahmen, Grünausstattung und Infrastruktureinrichtungen) beteiligen. Die sog. „Münchner Mischung“ regelt nicht nur das angestrebte Verhältnis zwischen Wohnbauflächen, Freiflächen/Grünanlagen und Gewerbe in Neubaugebieten (jeweils 1/3), sondern auch die gewünschte Struktur der gewerblichen Nutzung (Handwerk, Dienstleistung/Büros, Einzelhandel) und den jeweiligen Mindestanteil geförderter (Miet-)Wohnungen, z. B. für kinderreiche und/oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (30 %). Auf ausgewählten städtischen Wohnbauflächen sollen zusätzlich 20 % der Wohnflächen für „mittlere Einkommensbezieher“ bereitgestellt werden. Die „Münchner Mischung“ bestimmt damit letztlich das Verhältnis von Arm und Reich innerhalb des Neubauquartiers und ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Stadtgestaltung. „Gated Communities“, d. h. abgeschlossene, bewachte Wohnsiedlungen für Reiche lehnen wir ab.

Stärkung der Stadtviertel – für lebendige Quartiere

Im Nahbereich der Menschen ist es am einfachsten, selbstbestimmt an politischen und sozialen Prozessen teilzuhaben. Voraussetzung dafür ist, dass vor Ort auch „alles vorkommt“. Durch eine gezielte Stärkung der Stadtviertel soll eine weitere Zentralisierung innerhalb der Stadt verhindert werden. Dies gilt nicht nur für den Bedarf an Waren und Dienstleistungen, sondern auch für kulturelle, soziale und Freizeiteinrichtungen. Dies würde auch dem Ausschluss der Bevölkerungskreise entgegen wirken, die wegen mangelnder Mobilität nicht dauernd quer durch die Stadt fahren können. Dazu gehören nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch ältere Menschen und alle Münchner*innen, deren Einkommen zu niedrig ist.

Die Schließung von Stadtteilbibliotheken war ein Fehler, dessen Korrektur langwierig und aufwändig ist. Städtische Einrichtungen, insbesondere Sozialbürgerhäuser und Bürgerbüros, Alten- und Servicezentren, Pflegeheime, Kulturzentren sollten flächendeckend geplant werden, so dass lebendige Stadtviertelzentren entstehen. Darüber hinaus fordern wir mehr Flächen und Räume für nichtkommerzielle und kulturelle Aktivitäten.

Für ein soziales Miteinander – Rückeroberung des öffentlichen Raums

Dabei soll der Charakter der einzelnen Stadtviertel erhalten und ggf. wiederhergestellt werden. In den Wohngebieten ist eine lebendige, soziale Mischung anzustreben. Wir wollen weder eine Häufung sozialer Problemlagen, noch die Entwicklung einzelner Wohnblöcke oder Straßenzügen zu „Reichenghettos“ und fordern eine Aufwertung der Randquartiere, die nach wie vor unter den Planungsfehlern vergangener Jahrzehnte leiden (wie z. B. das „Hasenberg“ oder die Großsiedlung Neuperlach).

Der öffentliche Raum muss für alle Münchner*innen zugänglich sein, auch für die, die sich nicht in das Stadtbild einfügen. Öffentliche Flächen vor Einkaufszentren, in Fußgängerzonen und Altstadtplätze müssen weiterhin oder

wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen – nicht zuletzt auch für politische Veranstaltungen. Auch Spielplätze, Begegnungsorte für Jugendliche und Freizeiteinrichtungen für Ältere gehören zum erforderlichen öffentlichen Raum; DIE LINKE. wendet sich gegen alle Versuche, Gruppen der Bevölkerung in konsumpflichtige Bereiche abzurängen.

Religions- und Bekenntnisgemeinschaften im öffentlichen Raum

In München gibt es eine Vielzahl beeindruckender religiöser Bauten; katholische, evangelische und orthodoxe Kirchen. Dazu kam zuletzt die Synagoge am St. Jakobsplatz. Der Wunsch Münchner muslimischer Gemeinden, mit ihrer Religion gleichfalls im Stadtbild präsent zu sein, kann deshalb nicht abgelehnt werden.

DIE LINKE. tritt dafür ein, dass alle Religionen gleichberechtigt in der Gesellschaft wirken können. Dazu gehört unabdingbar auch das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Jeder und jede muss auch das Recht und die Möglichkeit haben, sich von einer Religion abzuwenden. Eine „Rangfolge der Religionen“ lehnen wir ab. Für staatliches und städtisches Handeln setzen wir uns das Ziel der Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften. Im Übrigen treten wir für eine konsequente Trennung von Staat und Religion ein.

Unsere Forderungen:

- Tatsächlich können die Städte und Gemeinden der Region der Macht der Konzerne und der übergeordneten Planbehörden nur gemeinsam etwas entgegensetzen. Übergreifende Projekte, z.B. im Verkehrswesen müssen gemeinsam definiert werden. Wenn die Staatsregierung jetzt den 2. S-Bahn-Tunnel auf den Prüfstand stellt, so ist das eine Gelegenheit und Verpflichtung, die Verkehrssituation in der ganzen Region vom Standpunkt der Kommunen aus zu beleuchten. Wir fordern einen S-Bahn Gesamtplan und die Abstimmung darüber im ganzen Einzugsbereich.
- Beim Bürgerentscheid über die 3. Startbahn konnten nur die Münchner*innen mitwirken, nicht aber die viel direkter betroffenen Gemeinden und Kreise. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, die den von Großprojekten betroffenen Gemeinden ein wirksames Eingreifen ermöglicht und damit eine übergreifende politische Diskussion auslöst.
- Die LINKE setzt sich für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der 25 Stadtbezirke ein. Die Landeshauptstadt München (LHM) hat hierbei die Freiheit, im Sinne einer Selbstverpflichtung über die in der Bayerischen Gemeindeordnung festgelegten Regularien hinaus zu gehen. In unserer Stadt ist die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung in den Bezirken eine Schlüsselfrage geworden.
- Die bisher praktizierte Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen muss ausgebaut werden und planungsrechtlich verbindlichen Charakter erhalten, insbesondere hinsichtlich der Eckdatenbeschlüsse. Die LHM hat hierbei die Freiheit, im Sinne einer Selbstverpflichtung über die in der Bayerischen Bauordnung festgelegten Regularien hinaus zu gehen.
- Die sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtvierteln sollen transparent arbeiten und allen Bürger*innen, ihren Vereinen und Initiativen Möglichkeiten der Mitwirkung und Selbstbestimmung bieten.
- Städtische Einrichtungen wie z.B. Sozialbürgerhäuser, Bürgerzentren, Kulturzentren, Alten- und Servicezentren oder Pflegeheime gehören zur Ausstattung der Stadtviertel. Sie müssen für die Bürger*innen auf kurzem Wege, am besten fußläufig erreichbar sein. Sie müssen der kulturellen Vielfalt unserer Stadt entsprechen.
- Quartiersmanagement findet zu spät statt. Die Entwicklung, Förderung und Finanzierung von Stadtteilen muss präventiven Charakter haben. Für eine ausgeglichene Stadtentwicklung sind Freiräume wichtig, in denen sich Individualität und Kreativität entfalten kann. Viele Stadtteile sind überplant und lassen keinen Platz für Gestaltung von und mit Anwohner*innen. Bei der Quartiersplanung müssen Freiflächen für öffentliche Nutzung eingeplant werden.
- Der Kampf gegen den Rückbau der Stadtteilbibliotheken (Bürgerentscheid gewann relative Mehrheit, scheiterte aber knapp am Quorum) hat die öffentliche Aufmerksamkeit für die Versorgung mit Kulturgütern geschärft. DIE LINKE plädiert für ein flächendeckendes Netzwerk, das alle Lücken schließt, die bei Schließung von Stadtteilbibliotheken entstanden sind, und neben den klassischen auch den Zugang zu den neuen Medien gewährleistet.

- Wir begrüßen, dass die Pläne zum Abriss des Grünwalder-Stadions endlich Geschichte sind. Der soziale und kulturelle Rückhalt, den diese Einrichtung im Viertel und darüber hinaus hat, würde eine soziale und kulturelle Nutzung nahe legen. DIE LINKE setzt sich für eine Nutzungsordnung und -praxis ein, die diese Möglichkeiten hebt.
- Überhitzte Ballungsprozesse haben Verdrängungs- und Verdichtungsprozesse ausgelöst, die die Münchner Mischung gefährden. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt innerstädtischer Gewerbeflächen und den Bau und Ausbau erschwinglicher Wohnungen ein.
- Für die Lebensqualität in unserer dicht bebauten Stadt ist der Erhalt und die Ausgestaltung öffentlicher Grünflächen unerlässlich. Sie dienen der Erholung und Entspannung. Umfang und Gestaltung des öffentlichen Grüns durch die öffentliche Hand ist eine zutiefst soziale Frage. Frei zugängliche und dem Verwertungsdruck entzogene Naturräume – beispielhaft der Englische Garten oder der neue gestaltete Isar-Raum – sind Gemeingut. Sie dürfen weder kommerziellen Interessen noch Repräsentationsbedürfnissen geopfert werden. Die Errichtung eines Konzertsaals auf dem Gelände des Finanzgartens lehnt DIE LINKE ab.
- DIE LINKE registriert und unterstützt den Trend zur Pflege des öffentlichen Grüns durch Bürgerinitiativen. (Beispielhaft: Green City). Sie pflegt die Zusammenarbeit mit den Naturschutzvereinigungen, denn Raum für Pflanzen und Tiere ist ein Gradmesser der Wohnlichkeit unserer Stadt.
- Die Eignung der Stadt als Veranstaltungsort bringt den öffentlichen Raum unter Verwertungsdruck. Ob Theresienwiese, innerstädtische Isar, das obere Isartal, der ganze Innenstadtbereich, überall zeigt sich, dass kommerzielle und nichtkommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums neu austariert werden müssen. Die Kritik und der Widerstand gegen den Trend zur Maximalverwertung, der sich in der Bürgerschaft zeigt, ist für uns nicht ein lästiges Hindernis, sondern ein Zeichen der Hoffnung. Wir fordern, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft die alleinige Verantwortung für die Ausrichtung des Oktoberfestes zu entziehen und die angrenzenden Bezirksausschüsse künftig als Veranstalter mitwirken zu lassen.
- DIE LINKE setzt sich für eine lebendige und soziale Mischung in allen Vierteln, d. h. auch in den Randquartieren, ein. Eine „Ghettoisierung“ einzelner Stadtteile ist auf jeden Fall zu vermeiden. Die Verringerung der Verkehrs- und Lärmbelastung kann dazu beitragen.
- Für DIE LINKE ist der Zugang aller zu öffentlichen Räumen, zu den Straßen, Plätzen und Anlagen ein demokratisches Grundrecht und dessen Erhalt eine demokratische Pflicht. Dazu zählen für uns neben Spielplätzen, Begegnungsplätze für Jugendliche und Freizeiteinrichtungen für Ältere auch z. B. öffentliche Flächen vor Einkaufszentren, in Fußgängerzonen oder Altstadtplätzen, von denen einzelne Bevölkerungsgruppen nicht abgedrängt werden dürfen.
- Mit der weltweiten Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft hat sich auch in München kulturelle Vielfalt entwickelt, die im öffentlichen Raum Ausdruck sucht und angemessen Platz finden muss. Für die LINKE gilt dabei der Grundsatz der Gleichbehandlung der Bekenntnis- und Religionsgemeinschaften. Die Versuche, insbesondere Initiativen von Religionsgemeinschaften aus dem Kulturkreis des Islam zum Scheitern zu bringen, sind in unseren Augen verdeckter Rassismus.
- Da die langfristige Siedlungsentwicklung zur Herausbildung metropolitaner Regionen geführt hat, steht nicht nur die Frage im Raum, wie die in solchen Regionen vielfältig und unmittelbar zusammenhängenden und benachbarten Gemeinden ihre gemeinsamen Ziele finden. Gerade wer einsieht, dass die Perspektive der Mega-City für München nicht wünschenswert und unrealistisch ist, wird den Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in klugen Projekten der Zusammenarbeit mit den nahen und ferneren Nachbarn suchen.
- Darüber hinaus ist eine bessere Verteilung der Entscheidungs- und Leitungsfunktionen in Bayern, namentlich zwischen Nord- und Südbayern im langfristigen Interesse der Entwicklung Münchens als solidarischer Stadt.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian